Tabaksteuer zieht deutlich an

Millionen Menschen rauchen in Deutschland. Das beschert dem Bund Milliarden über die Tabaksteuer. Künftig sollen es noch mehr Einnahmen werden. Raucher müssen sich daher auf höhere Preise einstellen

VON WOLF VON DEWITZ



Eine Raucherin zündet sich eine Zigarette an. Raucher müssen in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld für Zigaretten ausgeben. FOTO: DPA

BERLIN. Raucher müssen in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld für Zigaretten ausgeben. Nach dem Bundestag billigte am Freitag auch der Bundesrat die Reform der Tabaksteuer, die im Zeitraum 2027 bis 2030 deutlich höhere Steuersätze auf Zigaretten und andere Tabakprodukte vorsieht. Die höheren Steuern werden an den Endkunden weitergereicht, die Preise ziehen also an.

Kostet eine 20er-Packung Zigaretten derzeit im Schnitt 8,05 Euro, so werden es im kommenden Jahr 9,10 Euro sein, 2028 9,91 Euro, 2029 10,81 Euro und im Jahr 2030 11,78 Euro – so eine Prognose des Bundesfinanzministeriums. Markenzigaretten könnten nach Branchenschätzung bis zu 14 Euro kosten. Mit dem grünen Licht des Bundesrats ist die Steueranhebung beschlossene Sache. Teurer werden auch Feinschnitt – also Tabak zum Selbstdrehen –, Zigarren, Zigarillos, Shisha-Tabak und Flüssigkeiten (Liquids) für E-Zigaretten.

Der Bund hofft auf zusätzliche Steuereinnahmen von rund 12 Milliarden Euro binnen vier Jahren – 2027 sollen es 1,5 Milliarden Euro extra sein und 2030 schließlich sogar 4,5 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr nahm der Bund über die Tabaksteuer 17,6 Milliarden Euro ein.

An den prognostizierten sprudelnden Steuereinnahmen hat die Tabakbranche aber Zweifel – sie befürchtet, dass Raucher auf den Schwarzmarkt ausweichen und legale Händler Einbußen erleiden. Die fiskalischen Pläne seien „Luftschlösser“ und ein Konjunkturprogramm für die Organisierte Kriminalität, sagte Jan Mücke vom Branchenverband BVTE. Mit dieser Argumentation stießen Branchenvertreter bei manchem Unionsabgeordneten auf Verständnis.

So plädierte der CDU-Abgeordnete Carsten Brodesser für moderate Steueranhebungen, damit die Konsumenten nicht auf Zigaretten aus dem EU-Ausland oder Schwarzmarkt-Kippen umschwenken. „Im Endeffekt erreicht man weder das gewünschte fiskalische Ergebnis noch die Stabilisierung des legalen Tabakmarktes“, warnte Brodesser im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens.

Mit dieser Haltung konnte sich der Christdemokrat aber nicht durchsetzen, am späten Donnerstagabend passierte die Gesetzesnovelle mit den Stimmen von Union und SPD den Bundestag. Zwei Abgeordnete aus der CDU/CSU-Fraktion stimmten allerdings dagegen.

Bei der Debatte im Bundestag sagte der SPD-Abgeordnete Ingo Vogel, das Gesetz diene zwar auch der Haushaltskonsolidierung. Aber: „Gleichzeitig wollen wir Preissignale setzen, die dem Gesundheitsschutz dienen, indem der Einstieg in den Nikotinkonsum weniger attraktiv gemacht wird.“ Bei Liquids für E-Zigaretten habe man etwas stärker nachgesteuert als ursprünglich vorgesehen. „Gerade günstige Produkte sollen nicht zum einfachen Einstieg in den Nikotinkonsum werden, und deshalb erhöhen wir hier die Preisschwelle.“

Die Warnungen des Zolls und der Zollgewerkschaft vor einem Schwarzmarkt-Effekt nehme man „sehr, sehr ernst“, sagte Vogel. Sollte sich die Nachfrage in illegale Kanäle verlagern, dann „verlieren wir nicht nur fiskalisch, sondern dann müssen wir uns mehr um kriminelle Strukturen kümmern“, so der Polizeibeamte und Sozialdemokrat.

Widerspruch kam im Bundestag von der AfD. Einerseits begründe die Koalition die Steueranhebung mit Gesundheitsschutz, andererseits rechne sie mit steigenden Steuereinnahmen – das passe nicht zusammen, sagte der AfD-Abgeordnete Christian Douglas. „Das bedeutet, Sie rechnen ja gar nicht damit, dass die Menschen weniger rauchen – und Sie wollen es auch gar nicht.“ Die Gesetzesnovelle diene nur „dem Stopfen von Haushaltslöchern“.

Mit Blick auf das Schwarzmarkt-Problem appellierte der Grüne Sascha Müller an die Bundesregierung, dem Zoll die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Den Grünen ging das Vorhaben nicht weit genug, sie stimmten gegen die Gesetzesnovelle. Auch die AfD und die Linken sprachen sich dagegen aus.

Die Linken-Abgeordnete Doris Achelwilm monierte eine überproportionale Belastung ärmerer Menschen – die Reform sei „eine Belastung nach unten“. Die Linke wolle zwar, dass weniger geraucht werde. „Aber wenn man über den Preis schärfer reingeht, braucht es einen nachvollziehbaren Fahrplan, dass man auch Gesundheitsprogramme und positive Anreize zur Verhaltensänderung vermittelt.“ Wer Gesundheit wolle, sollte Prävention finanzieren, so die Linke.

Gesundheitsexperten reagierten verhalten positiv auf die Novelle. Sie werten höhere Preise als eine effektive Maßnahme, damit Raucher oder angehende Raucher sich umentscheiden und erst gar keine Zigaretten kaufen.

„Das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung, aber das Gesetz ist nicht ambitioniert genug“, sagte Katrin Schaller vom Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) nach dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens durch die Billigung des Bundesrats am Freitag. Alternativen zu Zigaretten seien auch künftig zu günstig, dadurch motivierten sie nur zum Umstieg und nicht zum Ausstieg. Als Beispiele nannte Schaller Feinschnitt – also Tabak zum Selbstdrehen – und zigarettenähnliche Zigarillos.

In Deutschland greifen Millionen Menschen zur Tabakzigarette. Der Mikrozensus 2025 kam auf einen Raucheranteil von 19 Prozent der Ab-15-Jährigen: 14 Prozent tun dies nach eigenen Angaben regelmäßig und fünf Prozent gelegentlich. Laut dem Deutschen Krebsforschungszentrum starben im Jahr 2023 rund 131.000 Menschen in Deutschland an den Folgen tabakbedingter Erkrankungen. *dpa*

Wirtschaft könnte ab 2030 stark zulegen

IW-Studie: Potenzial steigt bis 2035 auf 0,7 Prozent

BERLIN. Die deutsche Wirtschaft wird nach einer neuen ökonomischen Studie im kommenden Jahrzehnt deutlich stärker wachsen als in der laufenden Dekade. Das Wachstumspotenzial und damit die Fähigkeit, die Wirtschaftsleistung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu steigern, soll sich demnach zwischen 2030 und 2035 auf 0,7 Prozent pro Jahr beschleunigen – nach lediglich 0,3 Prozent in der noch laufenden Dekade bis 2030. Das ist das Ergebnis einer noch unveröffentlichten Studie des industrienahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Demnach soll sich das Wachstumspotenzial in der zweiten Hälfte der 2030er-Jahre weiter auf ein Prozent pro Jahr beschleunigen.

Wesentliche Gründe für den Anstieg des Potenzialwachstums sehen die Forscher in der Digitalisierung und im zunehmenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz, die die Produktivität und Effizienz steigern werde. Ein Wachstumsbeitrag von durchschnittlich einem halben Prozentpunkt werde zudem vom zunehmenden Kapitaleinsatz erwartet. Hintergrund ist der enorme Investitionsbedarf beim KI-Einsatz, beim Ausbau der Energieinfrastruktur oder auch beim Klimaschutz. „Das setzt voraus, dass die seit Jahren andauernde Investitionsschwäche in Deutschland überwunden wird“, heißt es in der Studie. Um die privaten Investitionen anzukurbeln, plant die Bundesregierung kommende Woche einen internationalen Investorengipfel in Berlin.

Trend hat sich nicht fortgesetzt

Der Wachstumsbeitrag des Arbeitseinsatzes dagegen werde in den kommenden 15 Jahren leicht negativ sein. Denn das deutsche Erwerbspersonenpotenzial, also die durchschnittliche Anzahl von Menschen im Erwerbsalter, werde demografiebedingt deutlich abnehmen. „Im Jahr 2040 werden lediglich 50,8 Millionen Personen im erwerbsfähigen Alter sein. Dies entspricht einem Rückgang von 7,7 Prozent beziehungsweise 4,3 Millionen Personen im Vergleich zum Basisjahr 2025“, so die Studie. „Die Babyboomer-Jahrgänge erreichen bereits gegenwärtig das gesetzliche Renteneintrittsalter, während gleichzeitig weniger junge Leute in das Erwerbsalter nachrücken.“

Dagegen hatte es im Zeitraum zwischen 2005 und 2023 „deutlich positive Impulse vom Arbeitsvolumen und dem dahinterstehenden Beschäftigungsaufbau“ gegeben. Hintergrund war die hohe Netto-Zuwanderung nach Deutschland. Dieser Trend hat sich jedoch nicht fortgesetzt – auch die restriktive Migrationspolitik dürfte dazu beigetragen haben. „In den letzten beiden Jahren bremste der Faktor Arbeit das Wachstum wieder ab“, heißt es in der Studie. Zudem ist zwar die Erwerbstätigenquote in den letzten Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig nahm aber die Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen von rund 1530 auf 1330 Stunden ab. *mar*

DHL hebt Prognose an

Zuwächse im Expressgeschäft

BONN. Der Logistikriese DHL hat dank Zuwächsen im Expressgeschäft seine Prognose für das Geschäftsjahr 2026 angehoben. Das Konzern-Ebit werde nunmehr über 7,0 Milliarden Euro betragen, teilte das Unternehmen am Freitagabend mit. Bisher lag die Prognose bei über 6,5 Milliarden Euro. Die Erwartung für die DHL-Bereiche wurde auf ein Ebit von über 6,4 Milliarden Euro erhöht, nach bisher 5,9 Milliarden Euro. Im dritten Quartal stieg das Konzern-Ebit um rund 16 Prozent auf 1,7 Milliarden Euro. Den kompletten Quartalsbericht will DHL am 5. November vorlegen.

Das Ebit der Express-Sparte schoss im dritten Quartal auf rund 1,0 Milliarden Euro in die Höhe, nach 692 Millionen Euro vor Jahresfrist. Hierzu hätten auch weitere Kostensenkungen und die Kapazitätsknappheit im Luftfrachtmarkt beigetragen, erklärte der Konzern. Mit Einbußen kämpfte hingegen das Geschäft Post & Paket Deutschland. Hier schmolz das Ebit auf 150 Millionen Euro, nach zuvor 218 Millionen Euro. *rtr*

Konferenzort Luxuszug

Von Duisburg nach China: Auch CDU-Politiker Armin Laschet und Telekom-Chef Tim Höttges auf der Passagierliste

WIEN. Einer der Waggons glänzt mit einer Bar und einem Piano. Es gibt teils goldene Waschbecken oder sogar eine Badewanne. In so einem Zug lässt sich stilvoll und äußerst komfortabel reisen. Doch im Fall des Projekts der Unternehmerin Jovanka Porsche geht es um mehr. Unter dem Motto „Wege in die Zukunft“ sollen vom 18. Oktober bis zum 4. November kluge und einflussreiche Köpfe meist per Bahn von Duisburg bis nach Xi'an in China reisen.

Damit will Porsche nach eigenen Worten ein Konferenzformat etablieren, das auf echte Begegnung und intensiven Gedankenaustausch setzt. Mega-Events wie das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos litten unter der Vielzahl der Meetings. „Keiner hat wirklich Zeit. Das hat mich nicht so überzeugt“, sagt die 67-Jährige, die lange Zeit in Asien gelebt und 2022 den in Wien beheimateten Thinktank Global Neighbours gegründet hat.

Das Pilotprojekt finanziere sie aus eigener Tasche, strebe aber ein Geschäftsmodell wie beim WEF an, so Porsche. Beim WEF kostet die Mitgliedschaft hohe Summen und die Teilnahmegebühr bewegt sich oft im fünfstelligen Bereich.



Innenansicht des Luxuszugs Golden Eagle. Darin sollen kluge und einflussreiche Köpfe von Duisburg bis nach China reisen. FOTO: GOLDEN EAGLE LUXURY TRAINS/DPA

Drei Luxuszüge nutzen die Teilnehmer auf der Fahrt durch Europa bis nach Asien. Von Duisburg geht es zum Start bis nach Istanbul. Nach einem Flugtransfer ins usbekische Samarkand rollt der nächste Zug bis nach Almaty in Kasachstan. Von der chinesisch-kasachischen Grenzstadt Khorgos aus erreichen die Zuggäste schließlich Xi'an in China, das für seine Terrakotta-Armee bekannt ist.

Die Route orientiert sich an der legendären Seidenstraße, die einst eine zentrale Ost-West-Achse war und deren moderne Version aus Sicht von Porsche oft als reines Expansionsinstrument Chinas missverstanden wird.

Auf der Liste der Teilnehmenden stehen kurz vor Beginn der Reise rund 80 Namen – darunter Wissenschaftler und Polit-Profis wie Armin Laschet, Philipp Rösler und Österreichs Ex-Kanzler Christian Kern. Künstler Anselm Kiefer überlege noch, ob er auf einer Teilstrecke zusteige, hieß es. Mit dabei sind den Angaben zufolge Jean-Rémy von Matt, Mitgründer der Werbeagentur Jung von Matt, und Tim Höttges, Konzernchef der Deutschen Telekom.

Aus Platzgründen sind immer nur etwa rund 30 Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Bord. „Alle müssen zum Essen und Diskutieren in einen Waggon passen“, sagt Porsche. Die meisten Teilnehmer legen also nur eine Teilstrecke zurück und machen Platz für neue Zuggäste.

Die Themen reichen von Stadtplanung und Künstlicher Intelligenz über Lebensmittelsicherheit bis hin zur Zukunft der Arbeit. Bei diversen Zwischenstationen soll auf Einladung der gastgebenden Stadt öffentlich vor Publikum diskutiert werden. Die Ergebnisse des gemeinsamen Nachdenkens sollen später publiziert werden, um die jeweiligen Debatten zu bereichern.

Der Start in Duisburg ist laut Porsche bewusst gewählt. „Duisburg haben wir wegen der Symbolik ausgesucht.“ Der größte Binnenhafen der Welt hat Anschluss an eine 11.000 Kilometer lange von Güterzügen genutzte Bahnstrecke bis nach China. Die Unternehmerin macht keinen Hehl daraus, dass sie mit ihrem Projekt auch ein besseres Verständnis für China fördern will. „China ist toxisch“, werde ihr in der deutschen Politik oft zugeraunt. „Die westliche Arroganz hat mich immer genervt“, so die Unternehmerin.

Für 2027 ist bereits eine weitere Zugfahrt geplant. Dann soll es zum Nachdenken und Debattieren im Zug durch Kenia gehen. *dpa*

HERZ AUS DEM TAKT
VORHOFFLIMMERN
erkennen und handeln

Vorhofflimmern gehört zu den häufigsten Herzrhythmusstörungen. Erfahren Sie, wie Sie Vorhofflimmern erkennen und welche Behandlungsmöglichkeiten es gibt. Im Anschluss laden wir Sie zu einem Imbiss ein.

REFERENTEN
Prof. Dr. med. Lutz Büllesfeld
Chefarzt der Kardiologie

Dr. Stefan Schlüter
Chefarzt der Sektion Elektrophysiologie

VERANSTALTUNGSORT
Gasthaus Waldau
An der Waldau 50 · 53127 Bonn

Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldung bis zum 28. Oktober 2026 unter Tel. 0228 505-2101 oder per Mail: inneremedizin@gfo-kliniken-bonn.de

DONNERSTAG, 05. NOVEMBER 2026
16.00 – 18.00 UHR

Deutsche Herzstiftung
HERZKLINIK GFO KLINIKEN BONN
GFO Kliniken Bonn
franziskanisch · offen · zugewandt